

Liebe Mitstreiterinnen und liebe Mitstreiter!

Wir sind die AG Notruftelefon von der Kampagne gegen Zwangsumzüge. Wir helfen Arbeitslosengeld II (Alg II) – Beziehenden beim Umgang mit der Aufforderung der Jobcenter zur Senkung der Kosten der Unterkunft. Denn bei einer Überschreitung der Mietobergrenzen sollen sie die Miete senken, untervermieten oder umziehen. Und nach 6 Monaten überweisen die Ämter nur noch die verminderte Miete.

Seit 2005 sind mehr als 730.000 BerlinerInnen mit Mini- Grundsicherung. Gleichzeitig wurden die Bedingungen zum Abschluss und Erhalt eines Mietvertrages restriktiver. Energiepreise, Betriebs- und Heizkosten wachsen unvermindert ebenso an wie die Neuvermietungsmieten wegen gefallener Mietpreisbindung. Die Mieten für 1 und 2 Personen-Haushalte erhöhten sich seit 2006 um mehr als 20 %. Der Wohnungsmarkt für Bedürftige ist faktisch dicht, auch in Friedrichshain-Kreuzberg.

In der Stadt gibt gerade 284000 bereits vermietete Wohnungen in den Mietobergrenzen. Es müssten aber mehr als 20.000 Bedarfsgemeinschaften die Wohnung wechseln. Weil diese fehlen oder Schulden dies verhindern, sitzen die Leute in der Mausefalle. Die Differenz zur angemessenen Miete zahlen sie aus der Regelleistung oder „Ein-Euro-Jobs“ hinzu. In Friedrichshain-Kreuzberg trifft dies 645 Bedarfsgemeinschaften. Trotzdem fordern die ARGEn anhaltend Alg II-Beziehende zur Mietsenkung auf – auch Alte, Kranke, Menschen mit Behinderungen, Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern. Dies muss sofort aufhören.

In Berlin gab es 2006 und 2007 offiziell 1100 Zwangsumzüge wegen Hartz IV, inoffiziell unseres Erachtens mindestens dreimal soviel. Kleine Robben&Wientjes-Transporter mit möbeltragenden Menschen prägen das tägliche Stadtbild. Vorrangige Umzugsgründe sind Hartz IV oder Geldnot. Statt sozialem Wohnungsbau zu fördern und sich gegen die Privatisierung öffentlichen Wohnungen einzusetzen, provoziert der grünregierte Bezirk die AnwohnerInnen mit Vorfahrt für den Carloft-Bau der Superreichen. *[F-K: 1774 BG liegen über den Mietobergrenzen. 1116 BG sollen die Miete senken, nur 471 BG schaffen das, 31 per Zwangsumzug.]*

Am Ende des finanziellen Ausblutens von armen Menschen steht die Verdrängung aus ihren vier Wänden in vertrauter Umgebung. Räumung oder eigenständiger Weggang führen in die Obhut von Bekannten oder der Strasse. Das muss nicht sein! Deshalb: Ruft uns an. Wir helfen im Dschungel der Sozialadministration, empfehlen Beratungsstellen, Rechtsanwälte, Beistände und organisieren notfalls auch eine Sitzblockade gegen die anstehende Räumung.

Das Getue der Bundesregierung ist nur noch widerlich. Sie schmeisst den von uns erarbeiteten Mehrwert den Banken hinterher und beschließt wachsende Repressionen gegen uns. Auch Sarrazins unerträgliche Sachzwangdemagogie nach Landowkis Geldversenkung haben wir total satt. Lasst uns für Interventionen zum Wohnungserhalt sozial zusammenhalten und politisch zusammenfinden.

Angemessene Sozial- und Arbeitseinkommen nebst Inflationsausgleich für alle Menschen mit derzeit unter 870 Euro Monatseinkommen, zeitnahe Wohngeldzahlungen, um ein Viertel erhöhte Mietobergrenzen, garantierte und erweiterte Härtefall- und Freizügigkeitsregeln für Bedürftige sind überfällig. Wenn Ihr nur so tut, als ob Ihr unsere Existenz sichert, tun wir nur so, als ob wir Miete zahlen und bleiben da wo wir sind. Wir nehmen uns dann die Wohnung mit dem ganzen Haus dran!

Öffentliche politische und behördliche Diskriminierung von Erwerbslosen als „Faulenzer“ oder „Asoziale“ schlagen um in feindliches bzw. rassistisches Verhalten vor allem gegen MigrantInnen und psychisch Kranke. Die Aufladung solchen Klimas erweitert den Spielraum für alte und neue Nazis. Dagegen bleiben Aufklärung und öffentliche Präsenz unverzichtbar. Deswegen unterstützen wir die Aktivitäten der Berliner AntifaschistInnen am 6. 12.2008.

Arbeitsgruppe Notruftelefon der Kampagne gegen Zwangsumzüge